

70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR

Gedenkveranstaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
am 13. Juni 2023



Herausgeber: Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1 (Schloss)
19053 Schwerin
Telefon 0385 525 2113
oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
www.landtag-mv.de/mitmachen

Redaktion: Landtag MV,
Juliane Fuchs (Einleitung)

Herstellung: Produktionsbüro TINUS, Schwerin

Fotos: Danny Gohlke
Titelseite: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundes-
presseamt der Bundesregierung/Perlia-Archiv/Bild
Nr. 203037

70. JAHRESTAG DES VOLKSAUFSTANDES IN DER DDR

Gedenkveranstaltung
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

am 13. Juni 2023

Einleitung	2
Rede der Landtagspräsidentin Birgit Hesse	5
Gedenkrede von Herrn Stephan Hilsberg	12
Eindrücke der Veranstaltung und der kulturellen Umrahmung	35

Einleitung

Die Welt blickt nach Berlin. Das Brandenburger Tor ohne Rote Fahne. Sowjetische Panzer eröffnen das Feuer auf Demonstranten. Der 17. Juni 1953 wird später als der blutige Mittwoch von Berlin in die Geschichte des zerrissenen Deutschlands eingehen. Zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR hatte Landtagspräsidentin Birgit Hesse am Dienstag, 13. Juni, in den Plenarsaal des Schweriner Schlosses eingeladen. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Abgeordnete des Landtages, Zeitzeugen, Schülerinnen und Schüler des Schweriner Berthold-Brecht-Gymnasiums und Interessierte gedachten der 55 Menschen, die an diesem Tag ihr Leben verloren.



Mehr als 150 Gäste haben die Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Landtages verfolgt.

„Mehr als eine Million Menschen waren damals auf die Straßen gegangen – für Pressefreiheit, Religionsfreiheit, freie Wahlen, Menschenrechte, Gewaltenteilung und weitere Dinge, die für uns heute selbstverständlich sind“, sagt Birgit Hesse. Das Zentrum des Widerstandes formierte sich in Ostberlin. Die Protestwelle erfasste mehr als 700 Städte der DDR. Im Norden gingen Menschen unter anderem in Rostock, Stralsund, Schwerin, Wismar und Teterow auf die Straßen.

Gedankredner Stephan Hilsberg war zwar erst drei Jahre nach dem Aufstand als Sohn eines Pfarrers geboren, engagierte sich allerdings seit 1968 in der Oppositionsbewegung der DDR und für die Aufarbeitung der Diktatur. „Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin“, sagt er und nahm die Anwesenden im Plenarsaal mit auf seinen Diskurs. Die Deutschen waren mit Adolf Hitler (1889 – 1945) schuldig geworden. Das Land besetzt. Die sowjetischen Befreier dabei, eine neue Diktatur zu installieren. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) wollte die Gesellschaft umkrempeln und trieb 1952 den Aufbau des Sozialismus voran. Systemkritiker und Kirchensympathisanten wurden strategisch bekämpft. Ihnen wurde eine höhere Bildung verweigert, sogar christliche Jugendliche verhaftet. Unterdessen verstarb im März 1953 der Regierungschef der UdSSR Josef Stalin (1878 – 1953). Damit endete auch der Personenkult. Sein Nachfolger Georgi Maximilianowitsch Malenkow (1901 – 1988) schlug einen milderen Kurs ein. Seine Entspannungspolitik weckte in Deutschland neue Hoffnung. Walter Ulbricht (1893 – 1973) weigerte sich, die neue Politik von sowjetischer Seite zu übernehmen. Mittlerweile mangelte es in der DDR allerdings zunehmend an Waren des täglichen Bedarfs. Die SED wollte der drohenden Repression entgegenwirken und ordnete im Mai 1953 eine Steigerung der Warenproduktion um 10 Prozent an. Damit brach sich der Widerstand gegen das totalitäre kommunistische System seine Bahn.

Am 15. und 16. Mai wurden Forderungen nach dem Rücktritt der SED-Regierung, nach Demokratie und Wiedervereinigung laut. Der Aufstand erfasste die DDR in voller Wucht, wurde zum Höhe- und Wendepunkt und zum Trauma der SED. Die DDR-Führung wurde des Aufstandes nicht Herr, wand sich und forderte schließlich die UdSSR zur Unterstützung an. Sie setzte sowjetische Panzer ein. Viele Demonstranten trotzten ihnen, warfen mit Steinen. Dennoch wurden die friedlichen Proteste bewaffnet beendet. 55 Widerständler verloren ihr Leben. Erst im Jahr 2004 wurden ihre Lebensgeschichten durch Quellen nachgewiesen und aufgearbeitet. Auszüge aus Stefan Heyms Roman „Fünf Tage im Juni“, gelesen von Klara Eham und Bastian Inglin vom Volkstheater Rostock, ließen die Ereignisse auf fesselnde Art lebendig werden. Das Buch setzt sich anhand von Zeitdokumenten mit den Ereignissen des Juni 1953 auseinander.



Gedenkredner Stephan Hilsberg und Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Rede der Landtagspräsidentin Birgit Hesse:

Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern,
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wertete Ministerinnen und Staatssekretäre
sehr geehrter Herr Hilsberg, lieber Stefan
wertete Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen und Verbänden, der kommunalen Ebene der Religionsgemeinschaften, der Hochschulen, der Medien, sowie der Bundeswehr und der Polizei,
liebe Schülerinnen und Schüler der Bertolt-Brecht-Schule Schwerin,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte Sie alle ganz herzlich zur Gedenkveranstaltung anlässlich des bevorstehenden 70. Jahrestags des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 willkommen heißen. Was wir soeben als flüchtigen Einblick erleben durften, war für die Demonstrierenden damals bittere Realität. Wir haben gerade gesehen, was geschah, als etwa eine Million Menschen in fast 700 Orten der DDR mutig auf die Straße gingen, um für das einzustehen, was uns heute selbstverständlich erscheint: eine freiheitliche -demokratische Grundordnung.



Vorausgegangen waren den Protesten monatelange Spannungen, hervorgerufen durch die Politik des SED-Regimes. Knapp ein Jahr vor dem Aufstand, im Juli 1952, hatte die Partei beschlossen, dass ab sofort der „Sozialismus planmäßig aufgebaut“ werde. Dies war der Beginn einer schwierigen Situation in der DDR. Insbesondere im Zuge des Militarisierungskurses verschlechterten sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zunehmend. Die hohen Ausgaben für Rüstungsgüter belasteten den Staatshaushalt. Schon bald mangelte es an Arbeitskräften und Waren des alltäglichen Bedarfs. In der Folgezeit wurden Betriebe enteignet, selbstständige Bauern und Handwerker in Genossenschaften gedrängt, den Kirchen der Kampf angesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem die Sowjetunion angesichts der ökonomischen Lage einen Kurswechsel forderte, beschloss die SED-Führung Ende Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnorm um zehn Prozent, ohne jedoch die Entlohnung anzupassen. Dies kam also einer Lohnkürzung gleich. Um dem daraus wachsenden Unmut in der Bevölkerung entgegenzuwirken, wurde am 9. Juni 1953 der „Neue Kurs“ verkündet, mit dem zuvor eingeführte Maßnahmen korrigiert werden sollten. Diese Änderungen kamen aber zu spät, zumal die Normerhöhung bestehen blieb – und der Unwille der Bevölkerung wuchs.

Ich darf Ihnen die darauffolgenden Geschehnisse kurz schildern:

Am 15. und 16. Juni finden auf Berliner Baustellen erste Protestaktionen statt, die sich gegen die Normerhöhung richten. In der Berliner Stalinallee formierte sich ein Demonstrationzug von etwa 700 Bauarbeitern.

Während das Normgesetz der Auslöser für die Proteste war, sind nun weitere Forderungen zu vernehmen: die Freilassung politischer Häftlinge, der Rücktritt der SED-Regierung, freie Wahlen, Demokratie und die Wiedervereinigung.

Einer der Teilnehmer ruft für den 17. Juni zum Generalstreik auf. Dem Aufruf folgen unzählige Menschen in der DDR, die mit ihren Forderungen an mehr als 700 Orten entschlossen auf die Straße gehen und lautstark für ihre Rechte eintreten.

Das Zentrum des Widerstands liegt in Ostberlin, doch auch im Norden der DDR versuchen die Menschen, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. In Rostock, Wismar, Stralsund sind es vor allem Hafen-, Werft- und Bauarbeiter, die sich an den Streiks und Protestaktionen beteiligen. In Schwerin, Grabow und Güstrow kommt es kurzzeitig zu Arbeitsniederlegungen. In Teterow kommen Hunderte zusammen, um – zum Teil erfolgreich – die Freilassung politischer Gefangener zu fordern.

Die DDR-Führung sieht sich dem Widerstand der Bevölkerung nicht mehr gewachsen und fordert sowjetische Unterstützung an. Gegen 11:30 Uhr rollen dann die ersten Panzer in Ostberlin ein, sowjetische Truppen und die Deutsche Volkspolizei schlagen den friedlichen Aufstand am Nachmittag brutal nieder. Es fallen Schüsse, es gibt Tote und Verletzte. Wir haben die Bilder grad gesehen. Auch andernorts werden die Proteste gewaltsam beendet. Bereits in der Nacht zum 18. Juni finden Hausdurchsuchungen und Festnahmen vermeintlicher Streikführer statt. Bis zum 6. Juli werden etwa 10.000 Personen in Folge des Volksaufstands inhaftiert. In Zusammenhang mit dem 17. Juni kommen letztendlich mindestens 55 Menschen ums Leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mehrere Jahrzehnte blieben die Toten des Volksaufstandes und die Umstände, unter denen sie umkamen, weitgehend unbekannt. Erst im Jahr 2004 ließen sich die Identität und die Lebensgeschichten der 55 Todesopfer anhand von Quellen nachweisen.

Wir wollen heute dieser tapferen Menschen gedenken, die ihr Leben verloren, weil sie friedlich für die Rechte auf die Straße gingen.



An dieser Stelle möchte ich gerne unseren Redner begrüßen, noch einmal Stephan Hilsberg, als Gedenkredner, herzlich willkommen.

Herr Hilsberg, der als Mitglied in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR einzog und später in den Bundestag entsandt wurde, hat sich in seiner Laufbahn für eine verstärkte Aufarbeitung der DDR-Diktatur eingesetzt. So ist es auch seiner Arbeit zu verdanken, dass die Opfer des 17. Juni heute angemessen gewürdigt sind. Schön, dass Du heute hier bist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Hoffnungen der Demonstrierenden wurden bereits im Laufe des 17. Juni 53 zerschlagen, doch der Tag verblieb im kollektiven Gedächtnis der deutschen Bevölkerung. Heute gilt der Volksaufstand als ein zentrales Datum der deutschen Geschichte, denn er war ein wichtiger erster Schritt in Richtung der Freiheit und Demokratie. Auch der SED-Führung blieb er durchaus in Erinnerung.

Noch im Jahr 1989 fragte der damalige Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, angesichts der wachsenden Bürgerproteste, ich zitiere: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Stattdessen kam es zur Friedlichen Revolution, die schließlich im November 1989 zum Mauerfall und fast ein Jahr später zur deutschen Wiedervereinigung führte. Dies ist auch der Verdienst der Menschen, die bereits im Juni 1953 für ihre Freiheit auf die Straße gingen und ihr Leben riskierten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte heute auch Klara Eham und Bastian Inglin vom Volkstheater Rostock herzlich begrüßen, die uns mit einer Lesung aus Stefan Heyms Werk „5 Tage im Juni“ beehren. Der ursprünglich als „Der Tag X“ betitelte Roman setzt sich anhand von Zeitdokumenten mit eben denjenigen Geschehnissen im Juni 1953 auseinander. Heym, der sich in der DDR zunehmend systemkritisch zeigte, wurde es damals jahrelang untersagt, seine Werke, so auch dieses Buch, zu veröffentlichen. Heute zählt „5 Tage im Juni“ zu seinen bekanntesten Werken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Pressefreiheit, freie Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte - das alles ist heute fest in unserem Grundgesetz und in unserer Landesverfassung verankert. Doch was uns heute als selbstverständlich erscheint, ist ein Privileg, das damals eingefordert werden musste. Dem Mut und der Entschlossenheit dieser Menschen ist es zu verdanken, dass wir uns heute hier im Plenarsaal des Schweriner Schlosses - dem Sitz eines demokratisch gewählten Parlamentes - zusammenfinden können. Die Freiheit und die Rechte, die sich die Menschen in der damaligen DDR gewaltfrei erkämpft haben, sind ein Vermächtnis, das es zu bewahren und zu schützen gilt. Wir bewegen uns in einer Zeit, in der radikale und demokratiefeindliche Tendenzen erneut zunehmen. Dem müssen wir entschieden entgegentreten.

Die Opfer des 17. Juni sollen uns heute und in Zukunft daran erinnern, dass das hohe Gut der Demokratie niemals als Selbstverständnis zu begreifen ist. Dass der Weg zu unserer demokratischen Ordnung bereitet wurde von mutigen Menschen, die dafür mit ihrer Sicherheit, ihrer Freiheit und sogar mit ihrem Leben zahlten. Seien wir uns stets bewusst, dass es unser aller Pflicht sein muss, für diese Demokratie einzustehen, sie aufrechtzuerhalten und gemeinsam weiter zu stärken. Ich möchte Sie nun bitten, sich zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 für eine Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

Vielen Dank.



In einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Opfer des 17. Juni 1953

Gedenkrede von Herrn Stephan Hilsberg :

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Birgit Hesse,
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liebe Manuela Schwesig,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ehemalige Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste.

Zuerst mal möchte ich mich bedanken, bedanken für die Einladung in ihr schönes Land hier nach Mecklenburg-Vorpommern. Bin ich auch nicht alle Tage da, in ihrer schönen Stadt Schwerin, ich glaube es gibt fast keine schönere Landeshauptstadt als hier Schwerin und natürlich in diesen schönen Landtag.



Und ich möchte mich bedanken für die Gelegenheit mich mit Ihnen hier gemeinsam in die Zeit vor 70 Jahren zurückzusetzen und sie ein wenig anschaulich - lebendig werden zu lassen. Da werde ich nicht umhinkommen, einen historischen Ausflug zu unternehmen, das hängt mit dem Thema zusammen.

Und natürlich - die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin.

Ich nehme an es gibt nicht viele hier im Saal, die an den 17. Juni eigene persönliche Erinnerungen haben - die an ihn erinnern können, die ihn erlebt haben und heute Zeitzeugen sein können. Das gilt auch für mich, ich habe ihn nicht erlebt, dafür bin ich zu spät geboren. Und ich habe nur ganz wenige Menschen kennenlernen dürfen - die davon berichten konnten.

Aber ich habe sie kennenlernen dürfen - einige wenige der alten Kämpfer, die damals auf der Straße standen und den sowjetischen Panzern der Roten Armee trotzten - die die Gefängnisse des SED-Regimes geöffnet hatten, wirklich geöffnet hatten, und die die DDR-Regierung zum Teufel gejagt hatten. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widmete diesem 17. Juni 53 eine ganze Tagung - und da traten einige von ihnen auf.

Aber ihre Gesichter - und das was sie zu sagen hatten - das passte so gar nicht zu dem heroischen Bild, das wir - die Nachgeborenen und Aufarbeiter unserer Geschichte, uns von diesen aufständischen Ereignissen und ihren Vorkämpfern damals gemacht hatten. Und trotzdem, sie hatten diesen Aufstand gemacht - organisiert, couragiert und kämpferisch. Aber ihre Stimmen waren leise - fast abgekämpft, wenn auch nicht verbittert. Und sie kündeten eben nicht nur vom Aufstand - sondern auch davon, was ihnen davor, und vor allem wohl - danach passiert war. Und das war einfach hart und bitter.

So wie das Schicksal so vieler Menschen in der stalinistischen DDR - nicht nur in den 50er Jahren. Der 17. Juni 53 war kein alltäglicher Gesprächsgegenstand - in der Öffentlichkeit schon gar nicht, und was in anderen Familien darüber geredet wurde, oder im Freundeskreis, das weiß ich nicht - ich kann nur über meine reden. Der 17. Juni war ein Feiertag im Westen - das fand ich gut. Aber die Westdeutschen die ich kannte - und die uns im Osten besuchten, haben das vor allem als einen zusätzlichen, staatlich verordneten Feiertag benutzt - wo man sich erholen konnte und das Leben genießen. Übelnehmen konnte man ihnen das nicht.

So haben wir Ostdeutschen ja auch unseren Staatsfeiertag, den 7. Oktober, gefeiert. Man musste kein Freund dieses Staates sein - und konnte den Feiertag als Feiertag trotzdem genießen, das Wetter war nicht so schön wie Juni. Trotzdem, man wusste in der DDR sehr wohl - dass es den 17. Juni als Aufstand gegeben hatte - und nicht nur die Machthaber wussten das - auch die sogenannten einfachen Leute.

Dafür sorgten nicht nur die Medien hinter dem Eisernen Vorhang - und auch nicht nur die Reden die im Bundestag dazu gehalten wurden, die vielleicht als letzte. Die Bundesrepublik hatte den 17. Juni ja von Anfang an als Tag der Deutschen Einheit inszeniert - für die SED war das Teufelszeug.

Ihre Propaganda kriegte regelrecht Schaum vorm Mund, wenn sie sich diesem Feiertag und seinen - in ihren Augen revanchistischen Tendenzen, auseinandersetzen musste. Und natürlich wusste auch ich, dass es ihn gegeben hatte, den Aufstand vom 17. Juni.

Da muss ich noch sehr klein gewesen sein, denn ich erinnere mich noch an eine Unterhaltung in der Rungestraße - da wohnten wir in Berlin bis kurz nach meiner Einschulung, weil mein Vater aus der märkischen Kleinstadt Müncheberg kommend, seine neue Pfarrstelle Philippus Apostel, gegenüber der Charité in Ostberlin angetreten hatte.

Und mein Vater war alles andere als ein Parteigänger des DDR-Sozialismus - geschweige denn der SED. Und er hielt mit seinem Ärger gegenüber den politischen Verhältnissen nicht hinterm Berg - das war Gesprächsgegenstand bei uns zu Hause am Mittagstisch. Dabei war es weiß Gott nicht nur der Kirchenkampf der SED, den mein Vater thematisierte - sondern die allgemeinen, höchst repressiven Verhältnisse im Alltag der DDR-Bevölkerung - eigentlich noch viel viel mehr. Die Kirche aber stand besonders unter Druck. Die SED führte einen strategischen Kampf - gegen die christliche Religion. Und sie setzte alle Mittel ein dafür - die ihr als Staatspartei zur Verfügung standen, um den Einfluss der Kirche in der Bevölkerung zurückzudrängen. Sie kämpfte mit Gesetzen - und mit Repressalien - mit Diskriminierung und mit Einschüchterung.

Und all das reflektierte mein Vater. Leidenschaftlich, erklärend, manchmal erbittert, manchmal ratlos, aber nie resignierend. Und das tat er auch bei uns zu Hause am Mittagstisch vor seiner Familie - das war mein Politunterricht. Einmal, als er gerade wieder einen Skandal zum Besten gab, frug ich ihn mal, warum sich denn die Leute nicht dagegen wehrten. „Das haben sie ja gemacht!“ - entfuhr es ihm. Und dann erzählte er - von diesem Aufstand der Arbeiter am 17. Juni. Von ihrem Marsch durch die Stalinallee - einen Kilometer weg von zuhause - zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße, da kann man als Ostberliner nicht hin, das war Grenzgebiet - und natürlich davon, dass der SED nur die sowjetischen Panzer geholfen hatten, diesen Aufstand niederzuschlagen.

Ich weiß noch, dass ich mich darüber freute. Dass sie sich von diesem Staat - dieser Partei nicht alles gefallen lassen hatten. Ich kleiner Steppke ich, wahrscheinlich noch keine zehn Jahre alt. Es wird immer gesagt - Kinder verstünden keine Politik - das kann ich nicht bestätigen.

Und ich habe mich immer wieder gefragt, wie es wohl gekommen ist, dass mich diese Erzählung freute. Auch wenn die Arbeiter damals keinen Erfolg damit hatten - es freute mich schon - dass sie sich einfach mal wehrten, dass sie ihre Erniedrigung nicht einfach nur hinnahmen. Und wenn man auf die Fotos - von damals von diesen Demonstrationen schaut - dann fällt auf, dass dort viele sehr fröhlich dreinschauten. Das sind diese Züge, diese Frontbilder wo die Leute zu zehnt nebeneinander unmittelbar in ihrer Arbeitskluft über die Straßen marschieren. Aus diesen Bildern spricht keine Angst - nicht einfach nur eine Art wütende Entschlossenheit, das sicher auch - aber auffällig ist die pure Freude, mit der manche ihre Mützen schwenken und den Umstehenden zuwinken - wohl auch mit der Aufforderung:

„Schließt Euch an. Wir machen unserer Regierung den Garaus, wir lehren sie das Fürchten.“ Das ist die Botschaft dieser Fotos. Und dann gibt es natürliche die anderen Fotos die wir hier auch gesehen haben - diejenigen der jugendlichen Arbeiter, die mit Steinen auf Panzer werfen. Die können werfen, das sieht man ihnen an. Vielleicht in der Schule gelernt, Handballweitwurf, Sport hatten wir ja alle - vielleicht bei Kinderspielen, vielleicht noch ganz woanders, wer weiß das schon. Und auch diese Bilder nötigen Bewunderung ab. Denn da sind die Messen bereits gesungen - sie aber schmeißen die Steine trotzdem weiter. Und das fällt in eine Reihe mit den ganz anderen Bildern, die wir auch kennen in Europa und der ganzen Welt - entweder wenn wir an die sowjetische Besatzung in Prag 68 denken - oder dieses irre Video, wo der eine Mann ganz alleine sich vor ganze Züge

- eine ganze Panzerkolonne stellt - von oben gefilmt von einem Hochhaus sehr weit weg - Panzer die zum Platz des Himmlischen Friedens fahren, die er versucht aufzuhalten, und der Panzer - der versucht diesen Mann nicht zu überfahren. Das sind erschütternde Bilder.

Erschütternd, wegen der Vergeblichkeit mit der Menschen mit ihren bloßen Händen, mit ihren bloßen Leibern Panzer aufzuhalten versuchen. Aber sie machen es trotzdem. Die Empörung, die Wut, die Verzweiflung - sie ist hier zum Greifen nah. Und das ist eben auch bei den Steine werfenden Arbeitern zu sehen - hier in Ostdeutschland in der DDR. Sie stemmen sich gegen ihr Schicksal - da ist es eigentlich schon wieder besiegelt. War das vernünftig, was sie da getan haben? - Ich will das nicht relativieren.

In meinen Augen war das Verhalten zutiefst nachvollziehbar. Man darf nicht alles hinnehmen - man muss sich wehren - man muss gegen Unrecht ankämpfen - und man muss um seine Freiheit kämpfen. In unserem Nachbarland Polen haben sie das viel häufiger getan, als bei uns. Mir hat das Mut gemacht - aber Neid war auch immer im Spiel. Wir sehen den 17. Juni immer von seinem Ende her, und da ist er gescheitert. Aber das war er nicht - das war er noch nicht, als die Menschen auf die Strasse gingen.

Andererseits - und davon künden die Bilder auch - war es wohl nicht alleine die Hoffnung auf den Sieg, die die Freude und die Ausstrahlung die von diesen Demonstranten ausging erklärt. Meines Erachtens ist da mehr im Spiel. Diese Leute waren, wie man heute sagt, bei sich. Endlich vielleicht. Sie haben sich nicht mehr weggeduckt, sie haben, um ein Wort von Biermann zu nutzen, nicht mehr nach innen geschrien. Indem sie aufgestanden sind, im wahrsten Sinne des Wortes aufständisch - haben sie ihren Anstand wiedergefunden - ihre Selbstachtung - ihre Würde. Und das ist manchmal

wichtiger als ein Sieg. Man darf nicht alles pragmatisch sehen - wofür ja nicht selten, wenn auch selten richtig, das Wort Vernunft benutzten. Denn es ist nicht vernünftig Unrecht und Ungerechtigkeit hinzunehmen - selbst wenn sie von einer Supermacht sanktioniert werden.

Andererseits ist es eben auch nicht vernünftig sein Leben einfach so zu opfern - in dem man in sein Verderben rennt. Die Arbeiter, und all die anderen - die vor ihnen und mit ihnen auf die Straße gingen - mussten sich entscheiden. Machte es Sinn, den Aufstand zu wagen - oder würde man im Kugelhagel enden? Ich denke - die Menschen haben eine Chance gesehen - und die wollten sie nutzen. Sie haben ihre Angst über Bord geworfen, sie haben etwas gewagt. Sie werden das Risiko gesehen haben - sie sind es eingegangen. Das bringt sie uns nah. Das war damals nicht anders als wir es heute erleben. Aber sie lebten in einer anderen Zeit.

1953 - war der 2. Weltkrieg mal gerade 8 Jahre her. Ich denke unsere Landsleute hatten den Krieg - noch in den Knochen. Die Erinnerung an seine Folgen ist ja heute noch lebendig. Doch es geht nicht nur um den Krieg - die Deutschen hatten Hitler gewählt. Der hatte die erste totalitäre Diktatur in Deutschland errichtet. Widerstand gegen Hitler, so wichtig wie Erinnerungswert er ist - hat Hitler nur ein einziges Mal ernsthaft in Gefahr gebracht. Die Deutschen folgten ihm in seinen nationalistischen Staat - sie folgten ihm in den Krieg - sie standen nicht auf als er Konzentrationslager errichtete - sie halfen den Juden nur in Einzelfällen. Sie sind mit Hitler schuldig geworden - und sie sind mit ihm besiegt worden.

Deutschland, unser Land - ist mit Hitler untergegangen. Es war besiegt und besetzt. Zusammenbruch nannten das unsere Landsleute. Heute heißt es Befreiung - da ist auch was dran. Gleichwohl entspricht das so überhaupt nicht den Erfahrungen der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone. Denn das war ein neuer Alptraum. Mit der Roten Armee kam die zweite totalitäre Diktatur zu uns. Stalin wollte seine Weltrevolution und er wollte sein Imperium ausdehnen. Seine Herrschaft war fürchterlich. Ich weiß nicht, ob es erlaubt ist zu fragen, ob die Deutschen das verdient hatten. Auf jeden Fall ist es müßig. Denn bewirkt - hatten wir es selbst. Die sowjetische Besatzung - war die unmittelbare Folge des 2. Weltkrieges, des Hitler-Stalin-Paktes, des Überfalls auf die Sowjetunion - und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Das musste jetzt ausgehalten werden.

Stalin hatte nie die Absicht - den Deutschen die Freiheit zurückzubringen - sie hatten sie selbst verspielt - er wollte auch keine Demokratie. Er spielte anfangs noch mit diesen Begriffen, aber nur aus taktischen Gründen. Spätestens mit der Zwangsvereinigung und dem damit verbundenen Untergang der kurz aufleuchtenden Sozialdemokratie - war zumindest rückblickend klar - dass der Sozialismus, der in der sowjetischen Besatzungszone aufgebaut werden sollte - dem bolschewistischen Muster folgen würde. Für Alexander Jakowlew - ich nehme an sie kennen ihn nicht alle - er war der kongeniale - einer der genialen Mitstreiter von Michail Gorbatschow - und er war für die Glasnost Politik im Politbüro verantwortlich. Für Jakowlew also, war dieser Bolschewismus - Faschismus - das schreibt er in seinem Buch. Er sagt sogar - dass die Bolschewisten den Faschismus erfunden hätten.

Das muss man sich klarmachen. Das ist die Innensicht - eines Vorkämpfers für Freiheit und Demokratie in der Sowjetunion der 80er Jahre. Ich sage das weil es wichtig ist zu wissen - wie dieser Sozialismus der Bolschewisten - den sie unter Führung von Lenin aufgebaut hatten, von einem Russen - der an vorderster Stelle für Glasnost für Freiheit und Demokratie gewirkt hat - tatsächlich gesehen wurde. Für mich aber war die DDR nicht faschistisch - sie war kommunistisch - sie war totalitär. Es gab keine Freiheit, es gab keine Demokratie und es gab keinen Rechtsstaat. Es gab eine Partei - die alles, aber auch alles in der Hand haben wollte. Die uns behandelte, als wären wir Leibeigene - eigentlich Sklaven - die zu machen hatten was die Partei von uns wollte.

Ich weiß, dass das damals nicht jeder so gesehen hat. Antonia Grunenberg beispielsweise schreibt von den Hoffnungen und den Aufbaujahren ihrer eigenen Eltern, die sich Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre in Dresden politisch eingebracht haben. Aber dieser Versuch endete eben mit der Flucht in die Bundesrepublik - und das aus guten Gründen.

Die SED hatte vor die ganze Gesellschaft umzukrempeln. Sie hatte ihre ganz eigene spezifische sozialistische Vision - von einer besseren und gerechten Gesellschaft - die unter ihrer Führung, als Partei, als leninistische Partei neuen Typus, von oben her verordnet und durchgesetzt werden sollte. Dem opferte sie ganze Milieus, soziale Schichten und kulturelle Traditionen. Und weil sie wusste - dass sie dafür keine Mehrheit haben würde, genauso wie Lenin das wusste - machte sie sich den Staat zu eigen - und sie setzte von Anfang an auf Diktatur und Zwang. Und damit - gab es für ihre Dummheiten und ihre Willkür keine Grenzen mehr.

Aber absolute Macht ist nicht absolute Weisheit. Auch wenn es verlockend scheint seine Vorstellungen von gesellschaftlichem Fortschritt den Menschen aufzwingen zu können - weil man keinen Widerstand befürchten muss. Eine ihrer Maßnahmen war die Kollektivierung der Landwirtschaft - das hat gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern - verheerende - soziale Folgen gehabt. Dabei ist es ja nicht so, dass der Bauernstand sich gegen neue und verbesserte Anbaumethoden gewehrt hätte - auch die Zusammenarbeit in Genossenschaften wurde nicht per se abgelehnt. Aber man wollte sich nicht dem Diktat der SED unterordnen - man wollte die Verfügungsgewalt über den eigenen Grund und Boden behalten.

Die Bauern spürten, dass sie hier zu Landarbeitern gemacht werden sollten - und irgendwelchen Leuten gehorchen - denen die Parteilinie wichtiger war als eine vernünftig gestaltete Landwirtschaft - und da wollten sie nicht mitmachen. Da griff die Partei zu den Mitteln des Terrors. Sie erzwang - was sie nicht aus freien Stücken kriegen konnte. Einige Bauern fügten sich wohl - viele gingen in den Westen. Die Folgen davon sind bis heute mit Händen zu greifen. Oder die Bildungsdiskriminierung bei Akademiker-Familien - oder denen von unbotmäßigen Handwerkern. In den Augen der SED waren das Leute, die sie unter bürgerlich, konservativ, reaktionär und feindlich rubrizierte. Um ihren Einfluss in der Gesellschaft zu mindern, wurde ihren Kindern der Zugang zu höherer Bildung verwehrt. So sollte dieses Milieu systematisch ausgetrocknet werden.

Oder die Verfolgung der Mitglieder der Jungen Gemeinden der evangelischen Kirche. Die passten der SED ja nun gar nicht. Mit der Verweigerung höherer Bildung musste jeder rechnen - der sich zur Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde bekannte - und der darüber hinaus das Kugelkreuz trug, jenes kleine Abzeichen, an dem man das Bekenntnis schon äußerlich erkennen konnte.

Doch weil das nicht reichte - und erstaunlicherweise die Junge Gemeinde nun tatsächlich wuchs, statt zu verschwinden - griff die SED zu immer stärkeren Repressionen und begann nun die christlichen Jugendlichen sogar zu verhaften. Nicht zuletzt die Verstaatlichung der Betriebe. Ein heikles Thema in mancherlei Hinsicht, wenn es um Großkonzerne und die Begrenzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht geht - mag das plausibel gewesen sein, wie vielleicht heute auch. Wenn es um Besitz von irgendwelchen Nazis ging, so fand das Verständnis. Aber vor allem ging es ja um die Ausschaltung einer ganzen Schicht - die die SED zur ausbeutenden besitzenden Klasse zählte.

Und damit verschwand aus Ostdeutschland nicht nur die soziale Schicht der Unternehmer und Manager wie man heute sagen würde - ihr Sachverstand fehlte - bei der weiteren Entwicklung der Betriebe. Faktisch übernahm die Partei diese Betriebe, nominell hießen sie Volkseigen, aber das war reine Ideologie. Die wenigsten wissen - dass in den ersten Jahren nach dem Krieg der Lebensstandard der Deutschen in Ostdeutschland - leicht höher war als der in Westdeutschland.

Infolge der Verstaatlichung der Betriebe, ihrer Inbesitznahme durch die SED, die Einführung der Planwirtschaft - aber begann er gegenüber der Bundesrepublik kontinuierlich zu sinken. Und weil die SED sich diesen zunehmenden Rückstand nicht erlauben konnte - weil sie auf die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angewiesen war - weil sie natürlich nicht zur Marktwirtschaft zurückkehren wollte, geschweige denn die VEB zu reprivatisieren - setzte sie jetzt auf Leistungssteigerung durch Normerhöhung.

Dies aber geschah auf dem Rücken der Arbeiter die sich unerträglichen und steigenden Belastungen gegenüber sahen, wir haben das gehört. All diese Entwicklungen konnte man gut in der DDR, der sowjetischen Besatzungsmacht unter Stalin zuordnen. Und sie kulminierten in den Monaten vor dem Juni 53. Diese Zumutungen - hatten einen nahezu unerträglichen Zustand erreicht - der Bogen war zum Zerreißen gespannt - da verstarb der große Diktator plötzlich und unerwartet - im März 53. Und jetzt - setzte dieser sensible Prozess - der Neuaufteilung der Macht unter seinen Nachfolgern ein, die waren zwar auch Bolschewisten - aber jeder für sich wollte verhindern - dass einer von ihnen zu einem neuen Stalin werden würde. Sie hatten nämlich unter ihm auch um ihr Leben gefürchtet, fürchten müssen - und sie wollten keine Angst mehr haben. Und deshalb gab es keinen Alleinherrscher mehr in Moskau - das sogenannte „Führungskollektiv“ aus dem Chef des NKWD Berija, aus Malenkow dem neuen Ministerpräsidenten, dem Außenminister Molotow und Chruschow - hatte die Regentschaft übernommen. Und jetzt kamen mit ihnen auch neue Botschaften aus Moskau - die konnte man durchaus als Hoffnungszeichen werten. Malenkow, der neue Regierungschef verkündete das Ende des Personenkults - das Führungskollektiv erließ eine kleine Amnestie, eine „kleine“ Amnestie - in deren Zuge eine ganze Million von Häftlingen aus dem Archipel Gulag-System entlassen wurde. Moskau begann sogar mit Friedensverhandlungen im Korea-Krieg - die im Juli dann zum Erfolg führten, auch 53. Und auch ökonomisch, setzte die neue Führung andere Schwerpunkte. Die Rüstungs- und Schwerindustrie wurde zu Gunsten der Konsumgüterindustrie gedrosselt - und ein sogenannter „neuer Kurs“ - sollte die mittelosteuropäischen Satellitenländer vor dem Abgrund - einer allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Krise bewahren.

So war der „neue Kurs“ - der ja in der DDR zur Rücknahme der Normerhöhungen führte, ein Eingehen auf die Stimmungen in der Bevölkerung - die man in Zukunft, nach dem Abschied vom Personenkult - nicht mehr mit Angst und Schrecken - nicht mehr mit Terror alleine beherrschen konnte. Die Friedensverhandlungen signalisierten das Ende der totalen Konfrontation mit dem Westen - und auch das war ein innenpolitisches Signal. Es sollte milder zugehen im Sowjetimperium - auch deshalb die Amnestie. Das nahm man auch im Westen erleichtert zur Kenntnis.

Plötzlich wurde in Westdeutschland öffentlich gefragt - ob diese Momente von Entspannung nicht sogar eine echte Chance - zur Überwindung der Deutschen Teilung boten. Man rätselte sicher - aber es wusste ja keiner wie weit die neue Führung in Moskau mit ihrer vorsichtigen Entspannungspolitik gehen würde - und so abwegig waren diese Überlegungen gar nicht. Wie aber mussten diese Moskauer Veränderungen in Ostdeutschland wahrgenommen werden? Dass hier laute Jubelschreie über die Rücknahme der Normerhöhung, die Beendigung des Kirchenkampfes gegen die „Junge Gemeinde“ ertönten, ist nicht überliefert. Außerdem weigerte sich Ulbricht ja bekanntlich die neue Moskauer Politik in der DDR zu übernehmen - auch eine interessante Parallele zu 89.

Ulbricht wurde dazu von der neuen Führung in Moskau gezwungen - er schwächelte - das nahmen die Menschen in der DDR durchaus wahr. Die verhasste SED-Führung machte den Eindruck, als wäre sie nicht mehr Herr der Lage. Wer wusste schon wie es jetzt weitergehen würde? Ein schmales Fenster - ein kleines Fenster, eine Option schien sich zu öffnen - und die Ostdeutschen wollten diese Gelegenheit nicht tatenlos vorüberziehen lassen. Da begannen sie zu handeln. Der Aufstand der Arbeiter in Berlin am 16. und 17. Juni war nicht der Anfang dieser Bewegung - es war ihr Höhe-, Kulminations-, aber auch ihr Wendepunkt.

Begonnen aber hat der Aufstand, die Demonstrationen in der Provinz - auf dem Land. Es waren Bauern - die begonnen hatten sich aufzulehnen. Ihre Forderungen waren auch von Anfang an politischer Natur. Sie verlangten die Freilassung ihrer Kameraden, die im Zuge der Zwangskollektivierung verhaftet worden waren. Und dann ging es Schlag auf Schlag. Ganze Belegschaften legten die Arbeit nieder - große Demonstrationzüge formierten sich, in Halle, in Brandenburg und in unzählig vielen Städten in der DDR - sie zogen vor die Gefängnisse und sie erwirkten - sie erwirkten die Freilassung der politischen Gefangenen.

Dieser Aufstand erfasste die gesamte DDR mit großer Wucht. Und natürlich war er von Anfang an politischer Natur. Das gilt auch für den Kampf gegen die Normerhöhungen. Das war kein Streik - das war kein Tarifkonflikt - es ging von Anfang an ums Ganze.

Auf den Transparenten stand: „Freie Wahlen“, „Rücktritt der Regierung“, und „Deutsche Einheit“.

Das ist wahrlich ein weiser Dreiklang, an politischen Forderungen. Die SED war stehend KO - aber die Sowjetmacht nicht.

Dass ein Aufstand ihre Statthalter in der DDR davonjagt, das konnte sie nicht hinnehmen - das ging einfach nicht. Die neue Kollektiv-Führung wollte sicher Veränderungen - aber ihr Weltreich opfern, das wollte sie nicht. Das interessante ist - dass die Moskauer Führung klarer als die SED sah, was sich da zusammengebraut hatte in den Tagen vor dem 17. Juni. Sie sah den Aufstand kommen - Ulbricht nicht. Auch das sagt viel aus über seine Halsstarrigkeit und Uneinsichtigkeit - so ähnlich wie bei seinem Ziehsohn Honecker. Moskau holte seine Truppen aus der Kaserne - die mussten nicht warten bis die SED sie bat, ich weiß auch gar nicht ob die SED sie gebeten hatte - und Moskau schoss mit Panzern auf die Demonstranten. Dabei, dass muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen, so viel schießen mussten sie gar nicht. Trotzdem - bezahlten viel zu Viele mit ihrem Leben für diesen Aufstand.

Egon Bahr - damals Chefkomentator des RIAS, hatte das kommen sehen. Er hätte versucht, die Arbeiter die zu ihm ins Studio gekommen seien, zurückzuhalten. Er wollte das Blutvergießen der Arbeiter vermeiden, erzählte er mir. Und damit entstand die erste Legende - die lautete: der Aufstand sei von Anfang an verloren gewesen.

So selbstverständlich ist das nicht.

Fakt ist, dass der Aufstand Ulbricht gerettet hat. Für ihn und seine ganze Partei und Führungsriege - war dieser Aufstand eine einzige Demütigung und Blamage. Die Rote Armee brachte die SED-Granden nach Karlshorst in Sicherheit vor der wütenden Menge. Ulbricht aber war sauer - das ist überliefert - und er wollte so schnell wie möglich wieder weg aus Karlshorst. Es sollte nicht so aussehen, als läge seine Sicherheit alleine in der Hand Moskaus. Aber da lag sie nun eben doch. Die DDR, die Ulbricht selbst auf-

gebaut hatte - war eben nichts anderes als ein sowjetischer Vasallenstaat - und die Macht der SED basierte auf der Anwesenheit der Roten Armee. Das waren die Grundlagen des einzigen - nach seinen eigenen Worten sozialistischen Staates - auf deutschem Boden.

Der Aufstand entzog diesem Staat den ideologischen Boden. Was ist das für ein Arbeiter- und Bauernstaat, den die Arbeiter und Bauern mit einem Aufstand bekämpfen? Der 17. Juni war „das“ Trauma der SED schlechthin. Und er machte der SED-Führungslinie klar, auf wie tönernen Füßen ihr Staat stand. Sicher - war die SED sich ihrer Macht nie. Sie reagierte mit Propaganda - aus dem Westen gesteuert und von alten Nazis inszeniert hieß es. Das ist falsch. Aber lohnt doch ein kurzes Nachdenken.



Unsere Gesellschaft damals- im Osten wie im Westen - war eine Nachfolgegesellschaft des nationalsozialistischen Staates - und es fiel ihr schwer - diese schwere Last zu bewältigen. Echte Schuldeingeständnisse waren selten. Das liegt den Menschen nicht - dabei kann es helfen. Im Westen wurden die Nazis wieder in den Staat integriert - im Osten goss die SED ihre sozialistische Soße über alles - ganz gleich wo sie herkamen - auch wenn sie Nazis waren, konnten, sollten den Sozialismus mit aufbauen. Und so fand man Nazis im Staat, in der Partei, in den bewaffneten Organen, bei der Justiz. Gleichzeitig inszenierte die SED sich als das größte Opfer der Nazis und als Garant für die Verhinderung des Wiederaufkeimens faschistischer Umtriebe. So entstand der antifaschistische Gründungsmythos - nichts anderes als ein Propaganda-Gag - der in der DDR allerdings weithin akzeptiert wurde.

Einen schlimmeren Vorwurf, als „der Faschist“ zu sein - konnte die SED kaum jemanden machen. Und so bewältigte die SED diesen Aufstand eben propagandistisch - von faschistischen Elementen angeführt und instrumentalisiert. So falsch und unpräzise wie dieser Vorwurf war - so wirkungsmächtig war er leider doch. Seine Wirkungslinien reichen bis in Heyms Buch „Tage im Juni“ - und selbst Biermann sprach in seinem legendären Kölner Konzert - noch von der Janus-Köpfigkeit des Aufstands - halb demokratisch, noch halb faschistisch. Gleichzeitig ist leider auch richtig - dass es in der DDR eine andauernde, lebendige fremdenfeindliche und antisemitische Tradition gegeben hat - etwa dreifach stärker pro Kopf gerechnet - als zum gleichen Zeitpunkt in der von der SED als revanchistisch verunglimpften Bundesrepublik. Das dokumentieren die Stasi-Akten hinlänglich, wie Harry Waibel das schön herausgearbeitet hat. Daran hat sich bis heute leider trauriger Weise nichts geändert.

Ich will die Aufständischen vom 17. Juni - immerhin hat sich über eine Million Menschen an diesem Aufstand beteiligt, nicht freisprechen davon - dass da auch rechte Motive mit im Spiel gewesen sein mögen. Aber das ist ein Killerargument - das den Kern, das Wesen dieses Aufstandes nicht trifft. Es ging unseren damaligen Mitbürgern in erster Linie um Widerstand gegen das totalitäre kommunistische Regime - und dieser Widerstand war legitim, zu jeder Zeit. Es ging auch nicht um rechts gegen links - oder umgekehrt. Die DDR-Bürger kämpften nicht gegen die kommunistische SED, weil sich die Kommunisten als links verstanden. Die SED unterdrückte ihre Mitbürger in unerträglicher Art und Weise - und auf diese Art und Weise hat sie diesen Aufstand selbst produziert.

War der Aufstand demokratisch?

Wenn jemand freie Wahlen fordert - so ist das zweifelsfrei ein Kernelement der Demokratie. Was wir nicht wissen - ist - wie sehr dieser Wunsch von der Masse der Aufständischen getragen wurde. Andererseits - was war denn die Alternative zum verhassten SED-Regime?

Die Wiedererlangung der staatlichen Einheit unter westdeutschem Vorzeichen - schien die beste Methode zu sein, sowohl die SED loszuwerden, als auch im Osten Deutschlands zu Demokratie und Marktwirtschaft zu kommen. Damals allerdings, 1953, war der wirtschaftliche Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland noch nicht so groß - wie er es dann bis 1989 werden sollte. Der Wunsch nach Deutscher Einheit durchzieht die Geschichte der DDR - wenn er auch selten deutlich so erkennbar war, wie 53. Ein anderer Moment, wo das deutlich wurde, war der Besuch von Willy Brandt, 72 in Erfurt - wo die Menschen skandierten: „Willy Brandt, regier Du unser Land.“

Auch dieser Ruf ist mehrdeutig - er dokumentiert nicht nur die Sympathie für Brandt, sondern auch den Wunsch nach staatlicher Einheit - und kann und muss als Votum für die Demokratie anerkannt werden. Und welche Rolle der Ruf nach der Deutschen Einheit 1989 gespielt hat - das werden Sie hier im Saal, wahrscheinlich alle noch wissen. Doch andererseits gibt es da diese Umfragen, anlässlich der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 90. Darin wird dokumentiert, dass fast die Hälfte der Ostdeutschen ihre Schwierigkeiten mit der Demokratie hatten - die sie doch gerade in der friedlichen Revolution erkämpften.

Wenn also 1990 nur eine Hälfte der DDR-Bürger - sich von der Demokratie überzeugt nennt - so wird deren Anteil 53 nicht größer gewesen sein. Das gilt im Übrigen natürlich auch für die alte Bundesrepublik - wobei hier die Zustimmungswerte deutlich und kontinuierlich stiegen - was sicher auch mit der 68er Bewegung zusammenhing. Nun kann man die Ostdeutschen weder 1953 noch 1989 dafür tadeln - dass sie von der Demokratie nicht so sonderlich überzeugt waren. Entscheidend ist - dass sie sich 1989 dafür entschieden haben - und dass sie sie 1953 gefordert haben. Das hat gelangt, um die Demokratie einzuführen. Ausruhen hätten wir uns darauf nicht dürfen. Leider ist genau das passiert. Es hat nach der Erlangung der Deutschen Einheit kaum eine Debatte darüber gegeben, wie man in Ostdeutschland die Identifikation mit der Demokratie vertiefen kann. Die politischen Ereignisse haben die Demokratie eher auf die Probe gestellt, sie belastet, als sie stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Denn weder war die Ost-CDU eine demokratische Partei mit deren Hilfe sich Helmut Kohl seine Wahlsiege organisierte - noch war die kleine DDR, auf die Manfred Stolpe so stolz war, ein Ausweis demokratischer Gesinnung. Und da habe ich von den antidemokratischen, antiwestlichen

Ressentiments - mit deren Hilfe die damalige PDS sich ihre Wahlerfolge organisierte, noch gar nicht gesprochen. Und auch der Kampf gegen die rechtsextremen Tendenzen in unserem Teil Deutschlands, litt anfangs noch sehr unter der noch immer wirkungsmächtigen Propagandalüge der ehemaligen SED, die DDR sei ein antifaschistischer Staat gewesen, der rechtsextreme Tendenzen mit Stumpf und Stiel ausgerottet hätte. Die Tatsachen sprachen eine andere Sprache - wie man in Hoyerswerda und hier in Rostock gut studieren konnte.

Doch statt sich mit diesen Kräften wirksam auseinanderzusetzen - wurde viel zu viel von Entwurzelung oder Werteverlust durch die Deutsche Einheit gesprochen - von den sozialen Folgen der Deindustrialisierung, die damals ihren Höhepunkt noch gar nicht erreicht hatte, ganz zu schweigen. Fakt ist etwas anderes: die tiefsitzenden Vorbehalte - die Zweifel an der Demokratie - haben jenes Protestwählerpotential begünstigt, das in Ostdeutschland viel stärker war und noch immer ist - als im Westen unseres Landes.

Deren Wahlentscheidung entstammte nicht der Loyalität zu einer unserer demokratischen Parteien - oder zur Demokratie schlechthin – sondern sie zielte darauf ab, diese demokratischen Parteien so zu ärgern und zu ängstigen, damit die endlich ins Arbeiten kommen würden um die Lebensverhältnisse der Bürger Ostdeutschlands entscheidend zu verbessern. Es war sozusagen eine indirekte Wahlentscheidung, deren Motiv nicht in der Identifikation mit demokratischen Werten lag, sondern eine bewusste Provokation darstellte. Das kann man clever oder klug nennen - immerhin hat es seine eigene Logik. Anfangs wusste die damalige PDS dieses Verhalten am besten für sich auszunutzen. Heute ist es die AfD. Und es ist nicht mehr nur Provokation alleine, sondern dokumentiert auch verfestigte Haltungen, die rechts zu nennen - mir zu einfach ist. Es ist die Angst vor

Überfremdung, es ist ein Stück völkisch-deutsches Denken, es ist ein Fremdeln mit dem modernen Gesicht unserer offenen Gesellschaft, die manch einem unserer Mitbürger, viel zu offen und viel zu modern ist - und deren Irrtümern man nicht mit Humor begegnet, sondern mit Aggressivität.

Ich habe schon einmal Antonia Grunenberg bemüht mit ihrem Buch, „Demokratie als Versprechen“. Sie empfiehlt darin ein sicher richtiges Rezept, wie sich die Demokratie erholen kann und tiefer verankern lässt. Es ist der Weg weg - von der Geschlossenheit, der Stromlinienförmigkeit unserer öffentlichen Debatten. Es geht nicht darum, dass alle einig sind - sondern darum, dass die unterschiedlichsten Anliegen und Themen aufgenommen werden - in unseren Diskurs, auch da wo sie unangenehm sind - aber dass man sie nicht durch Verschweigen versucht irgendwie zu überstehen. Und wir haben und hatten unangenehme Themen genug, über die meines Erachtens viel zu wenig geredet wurde. Einige dieser Themen allerdings waren unüberhörbar. Dazu gehörten die Proteste gegen die Lock-down-Politik gegen die Corona-Pandemie. Pragmatismus, ich hab das schon mal gesagt, ist nicht alles. Manchmal ist er nicht mal vernünftig. In einer Demokratie muss man miteinander reden. Man darf sich nicht gegenseitig Sprachverbote erteilen - oder einen bestimmten Sprachgebrauch erzwingen wollen. Jeder soll so reden dürfen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Sprache ist Ausdruck des Denkens, nicht umgekehrt.

Wer bestimmte Begrifflichkeiten verbieten - und andere verordnen will - mit dem angeblichen Ziel damit die Gesellschaft zu verbessern - der versucht zu manipulieren. So nimmt man Menschen nicht ernst, so macht man sie klein, unmündig. Wir aber brauchen mehr Mündigkeit und nicht weniger. Wahr ist allerdings auch, dass Demokratie der Zustimmung eines hinreichend großen Teils unserer Gesellschaft bedarf - und diese Zustim-

mung muss freiwillig erfolgen - auf der Basis von Überzeugungen und Erfahrungen. Und deshalb müssen wir für die Demokratie werben - im direkten Gespräch. Es wäre gut, wenn mehr Menschen sich ihrer eigenen Verantwortung für unsere Demokratie bewusst werden - und das gilt insbesondere für unsere Parteien.

Ich will jetzt nicht über andere Parteien reden. Meine eigene zum Beispiel hat aufgehört eine Mitgliederpartei sein zu wollen, die bewusst und organisiert, versucht hat in die Gesellschaft hineinzuwirken. Ob das klug ist? Wer soll denn für die Demokratie werben, wenn nicht jene Parteien denen die Demokratie eines der höchsten Güter überhaupt ist. Es ist schwer - an die Menschen heran zu kommen - aber es ist notwendig. Und der einzige Weg - andere Menschen ernst zu nehmen - und selber ernst genommen zu werden - ist das Gespräch. Die aufständischen Menschen von den Tagen des Juni 53 waren mutig und couragiert. Sie wollten frei sein von politischer Unterdrückung. Sie wollten ihr Leben nach ihren Vorstellungen leben - und nicht nach den Vorstellungen einer Partei - die mit ihrem Macht- und Wahrheitsanspruch versuchte, das was sie für richtig hielt, brutal und brachial durchzusetzen. Auch unsere Zeit ist nicht frei von Wahrheitsansprüchen - auch nicht frei von Machtansprüchen. Sie gedeihen auch unter den Bedingungen unserer offenen, demokratischen Gesellschaft. Zur Zeit kommen sie uns in der Gestalt von sich selbst moralisierenden Haltungen entgegen, die sich selber und andere in Gefahr bringen - weil sonst unser aller Untergang drohen würde.

Ja - unsere Zeit hat ihre Gefährdungen. Aber ich kenne keine andere Gesellschaft als unsere demokratische, die im schwierigen und manchmal langwierigen Aushandlungsprozess, für alle unsere Probleme noch immer die beste Lösung gefunden hat, besser - als jedes andere autoritäre oder

diktatorische System. Wir können dieser Demokratie vertrauen. Und das heißt, sich in diese Demokratie einzubringen, um sie damit besser und stärker zu machen.

Vielleicht können wir auf diese Weise einlösen, wovon die Aufständischen vom Juni 1953 geträumt haben mögen - eine menschliche Welt - eine Welt ohne Unterdrückung - eine Welt in der die Menschen selbst entscheiden, was sie mit ihrem Recht auf Entfaltung ihrer eigenen Persönlichkeit - einschließlich der Verantwortung für die ihnen anvertrauten Angelegenheiten, anfangen wollen. Und ich finde dann können wir ab und zu auch mal feiern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Eindrücke der Veranstaltung und der kulturellen Umrahmung:

Der Gedenkrede von Herrn Stephan Hilsberg folgte eine Lesung der Schauspielerin Frau Klara Eham und dem Schauspieler Herrn Bastian Inglin vom Volkstheater Rostock aus Stefan Heyms Werk „5 Tage im Juni“ beehren. Der Roman setzt sich anhand von Zeitdokumenten mit den Geschehnissen im Juni 1953 auseinander. Heym, der sich in der DDR zunehmend systemkritisch zeigte, wurde es damals jahrelang untersagt, seine Werke, so auch dieses Buch, zu veröffentlichen. Heute zählt „5 Tage im Juni“ zu seinen bekanntesten Werken.

Die Gedenkveranstaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern anlässlich des 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR endete mit einem musikalischen Beitrag von Herrn Gunnar Rieck und Karl-Heinz Saleh „Die Kompromisten“ aus Wismar.



Bastian Inglin und Klara Eham lesen aus dem Roman „5 Tage im Juni“



Gedenkredner Stephan Hilsberg und Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Die Kompromisten, Gunnar Rieck und Karl-Heinz Saleh*

„Wir können dieser Demokratie vertrauen. Und das heißt, sich in diese Demokratie einzubringen, um sie damit besser und stärker zu machen. Vielleicht können wir auf diese Weise einlösen, wovon die Aufständischen vom Juni 1953 geträumt haben mögen - eine menschliche Welt - eine Welt ohne Unterdrückung.“

so Stephan Hilsberg in der Gedenkrede.



Gedenkredner Stephan Hilsberg mit (v.l.)

Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

